

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

10 Nummern S 1'50 Deutschland Mark 1'20
(inkl. Postzustellung)
Österr. Postsparkassen-Konto Nummer 119.471**(OPPOSITION)**Redaktion und Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4 Telefon R 30-9-58

Preis 15 Groschen

September 1930

4. Jahrgang. Nr. 58

Kampf gegen die Verelendung!

Hunderttausende ohne Arbeit, Hunderttausende in Kurzarbeit, der Rest zu Hungerlöhnen beschäftigt — das ist seit Jahren die Lage der Arbeiter in Oesterreich. Die Wirtschaftskrise verschärft diese Lage immer mehr. Niemand kann mit Sicherheit sagen, bis zu welcher Höhe in diesem Winter die Arbeitslosenzahl emporschnellen wird. Das aber ist heute schon sicher: Die Kapitalistenklasse die sich in der Zeit der relativ besseren Konjunktur auf Kosten der Arbeiter die Taschen gefüllt hat, sie die die Wirtschaftskrise durch ihre kapitalistische Produktionsweise herbeigeführt hat, spitzt nun ihre Gesamtpolitik darauf zu, eben diese Krise für sich zu überwinden auf Kosten der Arbeiter.

Die Arbeitslosenversicherung zu durchbrechen und viele zehntausende Arbeitslose um die Unterstützung bringen — die Zölle erhöhen, den Massen durch die so steigenden Preise die Taschen noch mehr plündern — die Eisenbahner entrechten, noch mehr ausbeuten, zehntausende Eisenbahner aufs Pflaster werfen und durch Heimwehler ersetzen — die Wahlordnung zum Nachteil der Arbeiter verschlechtern, um den weniger riskanten Weg zur offenen kapitalistischen Diktatur und zur Restauration der Habsburger möglichst freizulegen — das ist der

Herbstfeldzugsplan der Bourgeoisie.

Dafür zieht sie ihre gesamten Kräfte zusammen. Steidle und Pfiemer, die sich in die Illusion einer selbständigen Rolle der Heimwehr wiegten, hat sie abgeholt. Starhemberg ist der Mann, der die Heimwehr einordnet in die Notwendigkeiten der konterrevolutionären Realpolitik wie das Finanzkapital sie braucht. Mit sozialen Phrasen, jonglierend ohne kleinbürgerliche Illusion geht der Großgrundbesitzer — Aristokrat Starhemberg nach seinem sehr realen Ziel: mit und durch die Etablierung der offenen kapitalistischen Diktatur die Aristokratie und die Habsburger wieder hochzubringen.

In der Klemme zwischen dem Ausblick auf den kommenden furchtbaren Winter mit seiner Rückwirkung auf die Massen und der unverkennbaren Entschlossenheit der Ausbeuterklasse sich über die Schwierigkeiten der Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiter zu helfen, kommt die Sozialdemokratie im großen Tam Tam mit ihrem

Volksbegehren.

Der Bund soll darnach aus der Anleihe seinen Anteil an der Arbeitslosenversicherung vergrößern. Was die Unternehmer und Arbeiter dadurch an Beiträgen ersparen, soll die Einführung der Altersversicherung ermöglichen, ohne daß die Gesamtbeiträge der Unternehmer und Arbeiter für die Sozialversicherung erhöht werden müßten.

Daß der Bund, der den Ausbeutern Milliarden schenkt — eben jetzt hat er den Großagrariern 96 Millionen Schilling in den Rachen geworfen — in der Lage ist, für die Arbeitslosenversicherung bedeutend mehr zu leisten, ist außer Zweifel. Bei der Ausbeuterklasse sind Mittel genug für diese Mehrleistung des Bundes zu finden. Der Weg, den die Sozialdemokratie vorschlägt, die Bezahlung aus der Anleihe, die doch aus den Taschen der Arbeiter anortisiert und verzinst wird, bedeutet, daß die Arbeiter sich die Hilfe auf einem Umweg selbst zahlen sollen.

An diesen Grundvorschlag knüpft die SP ihre alten Forderungen: Mehr Investition, bessere Handelspolitik, Getreidehandelsmonopol, Rußlandkredite, Wohnbauförderung, produktive Arbeitslosenfürsorge, Ermäßigung des Bankzinsfußes, Notstandsaktionen für die Gemeinden, dauernden Pächterschutz, Ablösung der Pachtgründe, Bodenreform im Burgenland, Reform der Wahlordnung. Lauter Forderungen, von denen sie selbst sagt, daß sie nichts enthalten, was vom bürgerlichen Standpunkt nicht erfüllt werden könnte.

Kann das sozialdemokratische Volksbegehren den Massen eine ernste Besserung bringen? Wenn es die nötige Zahl von Unterschriften findet, dann muß es als Vorlage im Parlament eingebracht werden. Aber die Parlamentsmehrheit kann diese Vorlage so wie jede andere ablehnen, ja sie kann einfach beschließen, sie überhaupt nicht auf die Tagesordnung zu stellen. Um den Massen wirklich zu helfen, würde der Antrag eines simplen sozialdemokratischen Abgeordneten genügen, aber um ihn durchzusetzen dazu ist — mit oder ohne Volksbegehren — unumgänglich notwendig der außerparlamentarische Kampf! Ohne parlamentarischen Kampf kann das Volksbegehren den Massen nicht ernstlich helfen. Indem die Sozialdemokratie den Massen dennoch eine ernste Linderung durch das Volksbegehren in Aussicht stellt, betrügt sie die Massen. Das Volksbegehren ist ein

Massenbetrug!

Nicht für die Massen ist das Volksbegehren bestimmt, sondern für etwas ganz anderes. Selbstverständlich fällt der Bourgeoisie die Ablehnung eines Antrages, der nur von einem sozialdemokratischen Abgeordneten gezeichnet ist leichter, als wenn dahinter Hunderttausende eingezeichnet sind. Die Ablehnung eines solchen Antrages verbessert allerdings die Wahlschancen der Sozialdemokratie. Und nur darum geht es. Das Volksbegehren ist ein bloßes

Wahlmanöver!

Aber wenn durch dieses Wahlmanöver die Stimmenzahl der SP wächst, wird nicht dadurch auch den Massen geholfen? Keineswegs! Die SP schreitet von Wahlsieg zu Wahlsieg — die Arbeiterklasse erleidet Niederlage auf Niederlage. Die schweren Schläge die auf das Proletariat niedersausen, sind nicht das Ergebnis sozialdemokratischer Wahlniederlagen — solche hat die SP nicht erlitten — sondern sind die unvermeidliche zwangsläufige Folge der Tatsache, daß die SP zwar im Parlament viel herumredet, aber

außerparlamentarisch überhaupt nicht mehr kämpft.

Die Bourgeoisie hat ihre Erfolge nicht irgendwelchen Wahlsiegen zu verdanken — sie hat Wahlniederlage auf Wahlniederlage erlitten, so insbesondere im April 1927 — die Bourgeoisie hat ihre Erfolge einzig und allein errungen durch ihren außerparlamentarischen Kampf!

Selbstverständlich müht sie sich um den Sieg in den kommenden Wahlen. Allein der Kurs der Bourgeoisie geht, ob sie nun in den Wahlen siegt oder nicht, ohne zu schwanken auf die Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur mit der Habsburgerrestauration dahinter. Ein kapitalistischer Wahlsieg würde es der Bourgeoisie allerdings erleichtern sich an dieses Ziel noch näher als bisher auf dem legalen Wege hervorzarbeiten, was mit weniger Risiko und Gefahr für die Bourgeoisie verbunden ist.

Darum hat die Bourgeoisie ein Interesse, das Wahlmanöver der SP zu durchkreuzen. Darum kommt die Schoberregierung mit dem Plan, „Die Altersversicherung zu aktivieren, wenn es gelingt durch Ersparungen eine Mehrbelastung der Wirtschaft zu vermeiden“. Diese Ersparung soll erzielt werden durch eine „Konzentration der Leitung und Verwaltung der Sozialversicherungsinstitute“ und durch „Beseitigung gewisser Mißbräuche in der Arbeitslosenversicherung“. Die Arbeitslosen, die so um die Unterstützung kommen und noch nicht im Bezug einer Altersrente stehen, für die soll ein „Fürsorgegesetz“ vorsorgen. Das heißt, deren Unterstützung soll wesentlich herabgesetzt werden. Nicht nur die Arbeitslosenversicherung soll durchbrochen werden, sondern darüber hinaus die ganze Sozialversicherung, also auch die Krankenversicherung usw. So nebenbei soll bei dieser Konzentration der Apparat der Sozialversicherungsinstitute von Sozialdemokraten gereinigt und mit Faschisten besetzt werden.

Ungarns Arbeiter erwachen!

Der 1. September 1930 ist eine Wendung in der Geschichte der Klassenkämpfe in Ungarn. Nach 10 Jahren des blutigsten konterrevolutionären Regimes haben sich die ungarischen Arbeiter zum erstenmale wieder erhoben und dem Horthyregime den Massenkampf angekündigt. Die feudale Bankrottwirtschaft der Gegenrevolution hat die ungarische Wirtschaft auf den Hund gebracht. Der Großteil der Arbeiter in den Städten ohne Arbeit und ohne Unterstützung, der kleinere Teil in den Betrieben bei Hungerlöhnen. Und genau so furchtbar die Lage der Landarbeiter und der landarmen Bauern in den Dörfern. Schon seit längerer Zeit garte es in den Massen. Die Weltwirtschaftskrise hat all das furchtbar verschärft und Hunderttausende buchstäblich vor die Wahl gestellt: verhungern oder kämpfen. Aus dieser Massenstimmung heraus entstand der Gedanke der Hungermärsche nach Budapest unter der Losung Arbeit und Brot. Der ungarischen SP gelang es die Massen davon zunächst dazubringen sich mit der Entsendung von Deputationen zu begnügen. Indes die Gärung wuchs immer weiter. Unter dem Druck dieser Massenstimmung entschloß sich die SP Ungarn durch eine Massendemonstration nach Friedrich Adlerscher Art, der Massenstimmung Luft

zu geben, das heißt, sie in einem harmlosen Spaziergang verpuffen zu lassen. Dieser Plan ist nicht gelungen. Die Massen haben gezeigt, daß sie ernst kämpfen wollen. Die ungarischen Kommunisten aber, haben bewiesen, daß sie trotz der blutigen Verfolgungen ihre revolutionäre Pflicht erfüllen.

Der 1. September ist nur Auftakt. Er wird die ungarische Arbeiterbewegung beleben und seinen Wiederhall finden an den Dörfern. Der Vulkan unter Horthy beginnt sich zu rühren: Ungarns Arbeiter, Ungarns werktätige Massen beginnen zu kämpfen! Wir grüssen die ungarischen Arbeiter, wir grüssen die ungarischen Kommunisten, wir grüssen die kommunistische Partei Ungarns.

Jeder Schritt vorwärts in Ungarn erleichtert dem österreichischen Proletariat den Kampf. Jeder Schritt vorwärts in Oesterreich wird unseren ungarischen Brüdern den Kampf erleichtern. Die ungarische Arbeiterklasse hat die Straßen betreten, allen Verfolgungen zum Trotz, allen Opfern zum Trotz. Der Boden unter Horthy beginnt zu wanken. Die österreichische Arbeiterklasse muß aus dem ungarischen 1. September lernen.

Die Warschauer Agrarkonferenz.

Kriegsvorbereitung gegen Sowjetrußland.

In Warschau sind die Delegierten von Polen, Rumänien, Jugoslawien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Lettland, Estland zusammengetreten, um über gemeinsames Vorgehen zum Schutz ihrer Landwirtschaft zu beraten, die durch die Weltwirtschaftskrise und das damit verbundene Sinken der Getreidepreise sehr bedrängt ist. Gleichzeitig dient diese Konferenz diplomatischen und militärischen Vorbereitungen der wirtschaftlichen und politischen Offensive gegen Sowjet-

rußland. Die wachsenden Schwierigkeiten, in die Stalins Politik die Sowjetmacht versetzt, machen den Kettenhunden der grossen imperialistischen Räuber Mut zu offensivem Vorgehen. Die Herrschaften täuschen sich gründlich. Das internationale Proletariat weiß, daß die Sowjetmacht sein Hort und die Verteidigung Sowjetrußlands oberste Pflicht aller Arbeiter ist.

Auf dieses Manöver und Gegenmanöver werden neue Manöver und Gegenmanöver folgen. Die Massen dürfen sich dadurch nicht täuschen lassen und ebenso wenig die Rechnung auf die kommenden Wahlen stellen. Durch keine Manöver ist die Lage der Arbeiter zu bessern. Die Wahlen haben gewiß eine große propagandistische Bedeutung, aber auch durch keine Wahlen ist die Lage der Arbeiter zu bessern. Die Lage der Arbeiter hat sich verschlechtert, trotz der sozialdemokratischen Wahlsiege, weil dank der Sozialdemokratie der außerparlamentarische Kampf der Arbeiterklasse aufgehört hat.

Außerparlamentarischer Massenkampf!

Diesen Weg müssen die österreichischen Arbeiter betreten, dann kann eine Wendung zum Besseren überhaupt erst beginnen. Den außerparlamentarischen Kampf gegen die Verelendung, vor allem für den Siebenstundentag ohne Verkürzung der Löhne, für das Verbot der Ueberstunden, für die Entschädigung der durch Rationalisierung Betriebsstilllegung, vorübergehende Massenentlassung arbeitslos gewordener Arbeiter und Angestellten, für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung aller Arbeitslosen über die Dauer der Arbeitslosigkeit, für höhere Löhne.

Unsere Partei, die Kommunistische Partei Oesterreichs, schätzt die Vorgänge in der

Heimwehr, schätzt die Volksbegehraktion der SP — wenn man den stalinistischen Unsinn vom „Sozialfaschismus“ und überhaupt ihre falsche (stalinistische) Grundlinie beiseite läßt — richtig ein. Die Losungen, die sie dem entgegenstellt, sind in Einzelheiten überspitzt (Abschaffung der Schuldentilgungen an das Ausland, Verweigerung der Ueberstunden usw.), in der Hauptsache durchaus richtig. Selten sind wir leider in der Lage, unserer Partei so zustimmen zu können. Allein mit richtigen Losungen in einem einzelnen Fall ist es nicht getan. Die KP hat dank ihres stalinischen Kurses so oft versagt, hat sich das Vertrauen der Massen so gründlich verschertzt, daß sie, wenn sie einmal Richtiges sagt auf die Massen keinen Eindruck macht. Eine gründliche Umkehr tut not, eine gründliche Umkehr in ihrer Politik, eine gründliche Umkehr in ihren ganzen Methoden, eine Umkehr so gründlich und sichtbar, daß die Arbeiter unzweideutig den Ernst sehen, Schluß zu machen mit den Kinderreien, mit dem Unernst, mit dem Abenteuerertum und zu beginnen die revolutionäre Realpolitik, die ihr Vorgehen nüchtern nach den Tatsachen bestimmend den Kampf konsequent ausrichtet auf die Eroberung der Macht, auf die proletarische Diktatur, auf den proletarischen Staat.

Massenkampf gegen die Verelendung! Das heißt: Niemand wird uns Arbeitern aus der Not helfen, wenn

wir Arbeiter nicht selbst kämpfen. Das heißt aber zugleich: Niemand wird unseren Kampf zum Erfolg führen, wenn wir keine ernste Kommunistische Partei haben. Die Kampfunfähigkeit der Kommunistischen Partei, daß ist keine bloße Frage des Parteisüppchens, das ist die Frage der Arbeiter, das ist die allerwichtigste Frage der Arbeiterklasse! Im eigenen Interesse, im Interesse der Arbeiterklasse müssen die Arbeiter helfen die Kommunistische Partei kampffähig zu machen, sie zu gesunden, indem sie den Kampf der Kommunistischen Linksopposition, die unter Führung Trozky's kämpft, aktiv unterstützen. Kampf um die Gesundung der Kommunistischen Partei! Aktionskomitees zum Massenkampf! Massenkampf gegen die Verelendung!

Das ist es, was die Lage fordert. Das Volksbegehren unterschreiben, hieße sich mitschuldig machen an der Irreführung der Massen durch die Sozialdemokratie, die den Massen einredet, die Volksbegehraktion werde Hilfe bringen, während sie in Wirklichkeit dazu bestimmt ist, die Massen abzuhalten, den Weg zu beschreiten, der allein Hilfe bringen kann: den Weg des außerparlamentarischen Massenkampfes.

Stalins Wahltaktik in Deutschland.

Der Gipfel des parlamentarischen Kretinismus.

Die Wahlaussichten der KPD sind sehr günstig. So offenkundig, so zahlreich sind die Verräterei der SP, daß breite Teile der Arbeiterschaft trotz der falschen Politik der KPD ihr die Stimme geben werden, um gegen die Verratspolitik der SP zu demonstrieren. 300.000 bis 500.000 Stimmen dürfte die KPD so gewinnen. Diese Aussicht hat den Stalinismus in Extase versetzt, bei der die letzte Spur revolutionären Denkens verfliegen ist.

Thälman, Stalins Sprachrohr in Deutschland, hat einen Wahlauftrag erlassen, eine „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, wie sich der Wahlauftrag nennt, ein „historisches Dokument von programmatischer Bedeutung“, wie die ganze Stalinpresse herumschreit.

Im Mittelpunkt dieses Wahlauftrages steht — Sowjetdeutschland. Nicht als Propagandalosung das wäre gut, ist notwendig, sondern als Aktionslosung! Als Aktionslosung, zu verwirklichen durch die Wahlen! Durch die Wahlen! Diese Wahlen sind der Kampf um Sowjetdeutschland, schreibt die Wiener „Rote Fahne“, schreibt die ganze Stalinpresse. Alle marxistisch-leninistischen Lehren über Parlamentarismus und Parlamentswahlen werden hier mit Füßen getreten. Bis zum parlamentarischen Kretinismus ist Stalin hinabgesunken.

Die Arbeiter sehen sich von der SP verraten. Was sie jetzt tun sollen, um ihre Lage zu verbessern, darauf vor allem erwarten sie Antwort von der KPD. Statt darauf Antwort zu geben und diesen Kampf revolutionär auszurichten auf die Eroberung der Macht, auf die Aufrichtung Sowjetdeutschlands, gibt der Thälman-Aufruf den Arbeitern auf ihre Tagesorgen keine Antwort und verweist sie auf — Sowjetdeutschland, indem er erzählt, was die KPD alles machen wird, bis sie die Macht in Deutschland erobert haben wird. Aus dem Reich der Tatsachen, springt Stalin in das Reich der Wünsche. Statt den Massen Antwort zu geben auf ihre Gegenwartsorgen und den Kampf darum revolutionär auszurichten auf den Kampf um die Macht, gibt Stalin den Massen einen Wechsel auf die Zukunft.

Wird er diesen Wechsel einlösen können? Mit seiner Politik bestimmt nicht. Der Wahlauftrag will die Nationalsozialisten aus dem Feld schlagen, indem er sie übertrumpft, mit kleinbürgerlichen Nationalismus. Alles was Lenin über die nationale Frage und über den Versailler Friedensvertrag insbesondere gesagt hat, wird hier in Grund und Boden getreten.

Die nationale Frage allen anderen voran stellend, den Versailler Raubfrieden als Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen bezeichnend, sagt der Wahlauftrag: „Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler-Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.“

Auf diese national „bolschewistische“ Maulserei hat Lenin schon 1920 in der Schrift „Die Kinderkrankheiten des Radikalismus“ folgende Antwort erteilt: „Die Befreiung vom Versailler Frieden unbedingt und unverzüglich an die erste Stelle zu setzen, vor die Frage der Befreiung der anderen imperialistischen Länder vom Joche des Imperialismus, das ist kleinbürgerlicher Nationalismus (der eines Kautsky, Hilferding, Otto Bauer u. Co. würdig ist), aber nicht revolutionärer Internationalismus. Der Sturz der Bourgeoisie in einem beliebigen großen europäischen Lande, darunter auch in Deutschland, ist ein solches Plus für die internationale Revolution, daß man seinetwegen auf ein längeres Bestehen des Versailler Friedens eingehen kann und eingehen muß, wenn dies nötig sein sollte. Wenn Rußland allein imstande war, mit Nutzen für die Revolution mehrere Monate den Brester Frieden zu ertragen, so ist nichts unmögliches

darin, daß Sowjetrußland mit Nutzen für die Revolution ein längeres Bestehen des Versailler Friedens aushalten kann.“

Die Kinderkrankheiten von 1919, damals ein Ausfluß revolutionärer Ungeduld, reproduziert Prahls Stalins elf Jahre nachher auf erweiterter Stufenleiter als Ausfluß einer Politik die zwischen Abenteuerertum und Opportunismus pendelnd die revolutionäre Linie preisgibt.

Thälmanns kindische Taktik erleichtert der SP das Spiel, nimmt dem Faschismus keine Stimme — Hugenberg und Hitler haben den stalinistischen Wahlauftrag öffentlich begrüßt — schwächt die Wahlschancen unserer deutschen Partei, die bei richtiger Taktik viel größer sein würden.

Was wird die deutsche Stalinführung mit dem Wahlsieg beginnen? Die Hoffnungen die sie jetzt nährt, wird sie nicht erfüllen können. Die Massen, die ihr die Stimme geben, erwarten, daß sie nach dem Wahlsieg mit größerem Erfolg als bisher eingreifen werde in die praktischen Tageskämpfe, vor allem die Wirtschaftskämpfe, Streiks, Aussperrungen usw. Wird das die Partei erfüllen können? Die stalinistische Politik macht die Partei zu einer rein parlamentarischen Konkurrenzpartei der SPD. Nach den kopflosen Abenteuerern der „Roten Tage“ erschöpft die Stalinführung die Aktivität der Partei im Wahlkampf, stellt sie die Massen vollkommen ein auf parlamentarische Illusionen. Diese Politik wird und muß versagen. Beim erstbesten größeren Streik nach den Wahlen, wird sich zeigen, daß die KPD dank dieser Politik trotz des Wahlerfolges versagt. Der Endeffekt wird sein, daß die Massen, die den ersten Schritt

Schritt zum Kommunismus getan, wieder zum Reformismus gestoßen werden oder gar zum Faschismus.

Noch vor kurzem hieß es: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!“, jetzt heißt's nach Stalin: „mit den Faschisten diskutieren.“ Ein Torkeln und Stolpern von einem Extrem ins andere, ein Hin und Her von ultralinks nach rechts, von rechts nach ultralinks und von ultralinks wieder nach rechts bis hinein in den kleinbürgerlichen Nationalismus, das ist die stalinistische — daß Gott erbarm — „Linie“. Jedesmal wenn ihm die Tatsachen einen Stoß vor den Kopf geben, macht er eine „Wendung“. Aber durch alle „Wendungen“ bleiben Stalin und seine Bonzokratie sich gleich: Sie wollen oben bleiben unter allen Umständen, sei es auch auf Kosten der Sowjetmacht, der Komintern und der Kommunistischen Parteien — das ist der Generallinien der stalinischen „Generallinie“ und aller stalinischen „Wendungen“.

Der Wahlerfolg unserer deutschen Partei wird dem Stalinismus die Möglichkeit geben, die kommunistischen Arbeiter eine zeitlang mit neuen Illusionen hinzuhalten, so wie er es jetzt eine zeitlang getan hat mit seinen Nachrichten über die „Roten Armeen“ und die „Sowjetrepubliken“ in China. Aber je prächtiger jetzt das Wahlgelächel der Stalinhelden, desto ernüchternder werden nicht lange nach den Wahlen die Tatsachen auf die kommunistischen Arbeiter wirken. Viele kommunistische Arbeiter, die das Wesen des Stalinismus noch nicht verstehen und uns feindlich gegenüberstehen, werden im Gefolge der unausbleiblichen Ernüchterung die Linksopposition besser verstehen lernen und so den Kampf um die leninistischen Gesundung der kommunistischen Parteien und der Komintern erleichtern.

Aufmarsch der kapitalistischen Wehrmacht.

Die Folgen der sozialdemokratischen Heerespolitik.

Diese Armee geht gegen Euch, wenn Ihr Euch rührt! Das zu demonstrieren, das war der Zweck, warum die österreichische Kapitalistenklasse ihre Wehrmacht über den Ring marschieren ließ. Und weil es wirklich ihre Wehrmacht ist, so kannte der Jubel der Bourgeoisie keine Grenzen. Derselben Bourgeoisie, die die Volkswehr bespuckt und besudelt hat. Eine Bauernarmee, bestehend aus jungen Bauernsöhnen, Mann für Mann von den Pfaffen ausgesucht, unter Führung bürgerlicher Offiziere, jeder schwarzgelb bis in die Knochen — das ist die österreichische Wehrmacht. Mit dem Aufmarsch ihrer Wehrmacht hat die Kapitalistenklasse ihre Herbstoffensive gegen die Arbeiterklasse eingeleitet.

Wer hat den Kapitalisten ermöglicht, das Heer wieder zu einem vollkommenen Machtinstrument gegen die Arbeiterklasse zu machen? Die Deutsch, Bauer, Adler, mit einem Wort, die Sozialdemokratie!

Sie war es, die die Kommandostellen der Volkswehr den bürgerlichen Offizieren übergab.

Sie war es, die die Volkswehr auflöste, die Volkswehrbatalione auseinanderriß, damit ja nicht die revolutionäre Volkswehr, der revolutionäre Volkswehrgeist in die neue von Deutsch und Co. geschaffene Wehrmacht hinüberkomme.

Sie war es, die jenes Wehrgesetz und Disziplinalgesetz fabriziert hat, womit dann Vaugoin die Arbeitersoldaten aus der Wehrmacht drückte.

Als Dank für diese braven Dienste hat die Bourgeoisie dem sozialdemokratischen Lakaien einen tüchtigen Fußtritt versetzt.

Was den sozialdemokratischen Lakaien nicht hindert, lächelnd und ergeben seine weiteren Dienste anbietend, den Kapitalistenstiefel zu lecken.

Revolutionswelle in Südamerika.

Die Weltwirtschaftskrise hat auch in den südamerikanischen Staaten — sie hatten bisher eine verhältnismäßig gute Konjunktur — die Dinge in Fluß gebracht. Einerseits hat das Sinken der Weltmarktpreise ihr Wirtschaftsleben schwer erschüttert. Andererseits hat sich ebenfalls infolge der Weltwirtschaftskrise das Ringen zwischen dem nordamerikanischen und dem englischen Imperialismus um den südamerikanischen Absatz- und Ablagemarkt ausserordentlich verschärft. So kam es zu revolutionären Bewegungen in Bolivien, Peru, Argentinien, Brasilien. Einstweilen sind es Kämpfe zwischen bürgerlichen Koterien. Im weiteren Fortgang der Kämpfe werden die Arbeiter lernen sich nicht von den bürgerlichen „Revolutionären“ als Kanonenfutter verwenden zu lassen, sondern um ihre eigenen Interessen zu kämpfen.

Englischer Sozialimperialismus.

In Indien bläut Macdonald den Massen mit Kugeln und Bomben das „Selbstbestimmungsrecht“ ein. Fast noch deutlicher zeigt die Art, wie diese „Arbeiter“ regierung die Arbeitslosigkeit „bekämpft“ ihren imperialistischen Charakter. „Zusammenfassung der Wirtschaft und des Handels Englands, seiner Dominions und Kolonien zu einem Ganzen“, heisst die neueste Losung der englischen Sozialdemokratie. Selbstverständlich als „Vorarbeit für die Weltföderation der Völker und den organisierten Warentausch der ganzen Welt“. . . . Das ist genau das, was die englischen Imperialisten wollen. Der Unterschied ist nur der: — die einen heucheln mit Worten der Bibel, die anderen mit Worten des Sozialismus.

Wer nicht will die Herrschaft des Proletariats, der will und muß wollen die Herrschaft des Kapitals!

Als 1917—18 die drei größten Monarchien, die Romanows, Hohenzollern und Habsburg zusammengebrochen, ihre Bourgeoisie der wichtigsten Machtmittel entblößt war, die Macht faktisch in den Händen der durch den Krieg bewaffneten Arbeiter lag, stand vor der Arbeiterschaft dieser Länder die schwere Frage: Was nun?

Zwei entscheidende Losungen bestürmten das Ohr der Arbeiter. „Diktatur des Proletariats!“, die Losung der Kommunisten, „Demokratie!“, die Losung der Sozialdemokratie. Die Führer der II. Internationale haben es ausgezeichnet verstanden, große Teile des nach vierjährigem Morden sich nach Ruhe sehenden Proletariats für ihre Idee einzufangen und das Proletariat in zwei Lager zu spalten.

Heute nach zwölf Jahren können die Proletarier, die in ihrer Sehnsucht nach Ruhe den reformistischen Führern folgten, schon klarer sehen, wohin sie die Politik der Sozialdemokratie führt, ob sie dem Proletariat dient oder der Bourgeoisie.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. Mai 1929 schreibt: „Wieder, wie vor zehn Jahren, ist in Berlin Arbeiterblut geflossen. Wieder, wie im Dezember 1918 und Jänner 1919, haben sich Arbeiter unter kommunistischer Führung mit der Waffe in der Hand, gegen eine von Sozialdemokraten geführte Regierung erhoben. Wieder, wie damals, sind sie blutig niedergeworfen worden. Das äußere Geschehen erinnert an die Tage, da Spartakus von Noske besiegt ward. Aber doch nur das äußere Geschehen. Im Wesen war es diesmal etwas ganz anderes als vor zehn Jahren. Als Karl Liebknecht 1918—19 die deutschen Arbeiter zum Kampfe aufforderte, standen ihnen nur sehr schwache, für die Regierung nur wenig verlässliche Truppen gegenüber; er konnte hoffen, daß die Arbeiter siegen werden. Zehn Jahre nach dem Kriege sieht die Waffengewalt des Staates ganz anders aus, als wenige Wochen nach dem Kriege“.

Großartig haben es die Scheinsozialisten überall verstanden, da mit brutaler Gewalt, dort mit Schlaueit und Heuchelei die Aufrichtung der proletarischen Herrschaft unmöglich zu machen. Ihre Hauptsorge war und ist, die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft, an der aber auch sie teilnehmen wollen. Sie wollten und wollen nicht die Herrschaft

des Proletariats, sondern die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, die Koalition.

Wer nicht will die Herrschaft des Proletariats, der kann tausendmal schreien Demokratie! Koalition! Parlamentarismus! Er will und muß wollen, die Herrschaft des Kapitals. Weil sie die Herrschaft des Kapitals wollten und wollen, mußten sie den proletarischen Aufstand im Blute ersticken; haben sie sich mit den wenigen verlässlichen Truppen, wie die „A.-Z.“ schreibt, mit den wilhelminischen Offizieren verbunden und Spartakus besiegt; und in den zehn Jahren seit 1918 die bewaffnete Macht des Kapitals auf- und ausgebaut.

Und in Oesterreich? Sind die Adler-Bauer-Renner, besser als Scheidemann, Noske, Zörgibel? Hier hatten wir 1918 keinen Liebknecht, keine Luxemburg, auch noch keine kommunistische Partei, die die Massen der Arbeiter hätte in den Kampf führen können. Hier brauchten die sozialdemokratischen Führer nicht die Gewaltmethoden, hier genügte die Heuchelei, das Zuckerl, von den sozialen Errungenschaften, mit denen man das österreichische Proletariat einschläferte, um Zeit zu gewinnen, den total desorganisierten und zerfallenen Machtapparat des Kapitals aufzubauen.

Wenn die „A.-Z.“ anlässlich der Gesetzgebung des Antiterrorgesetzes schreibt, daß die österreichischen Kapitalisten sich das vor einigen Jahren noch nicht erlaubt hätten, so hat sie recht; erst mußte das Kapital mit Hilfe der Sozialdemokratie ihren bewaffneten legalen und illegalen Machtapparat ausbauen, bevor es zum direkten Angriff auf die politischen und sozialen Rechte der Arbeiter schreiten konnte.

So sehen wir überall, in Oesterreich, Deutschland, den baltischen Staaten wie in Polen, das gleiche Bild. Ueberall starke sozialdemokratische Parteien, die wohl im Stande waren, die soziale Revolution aufzuhalten, nicht aber den Vormarsch der Reaktion.

Will das Proletariat sich von der kapitalistischen Herrschaft befreien, muß es sich erst frei machen von der Sozialdemokratie, von allen demokratischen Illusionen; muß erkennen, daß nicht die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, sondern nur der unversöhnliche Klassenkampf zum Siege führt.

H. K. XX.

Trotzkys halbe Auge in der Ausstellung.

In der internationalen Wanderausstellung des Deutschen Verbundes „Film und Photo“ im österreichischen Museum, die ich besichtigte, kam ich auch in die russische Abteilung. Da erweckte meine Aufmerksamkeit das Plakat Nr. 488: „Istorija WKP b v plakatach 22“. Auf diesem Plakat war unter anderem ein Bild, das Präsidium des IX. Parteitages der Russischen Kommunistischen Partei zeigend. Man sah ganz rechts im Bilde Lenin bei einem Tische sitzend und neben ihm sitzend und stehend die übrigen Führer. Knapp hinter Lenin steht Trotzky, aber — man sieht von ihm nur die rechte Hälfte des rechten Auges, die rechte Hand und einen ganz schmalen Streifen des Gesichtes und des Körpers; das übrige fehlte. Es war offensichtlich, daß der Rest des Bildes absichtlich weggeschnitten wurde, damit man das Bildnis Trotzky's darin nicht findet. Und trotzdem erkannte ich das halbe Auge Trotzky's auf den ersten Blick. Glaubt der Stalin wirklich ein Stück aus der Geschichte wegschneiden zu können? Kleine Leute können eben nur kleinlich sein. Die Stalinisten sollten sich schämen so etwas auszustellen.

Franz Zlatkovsky, Arbeiter.

Unverbesserliche Aufschneider

Längere Zeit beobachtete ich einen Genossen bei der Auszahlungsstelle der Metallarbeiter wie er sich abmühte den „Proleten“ zu verkaufen. Nach ungefähr einundeinhalb Stunden verkaufte er endlich eine Zeitung. Seit 8 Uhr früh stand er dort und hatte 2 Stück verkauft. Vorher war er bei zwei Grossbetrieben und verkaufte 1 Stück. Wenn Stalin Experimente macht und die Sowjets aufs Spiel setzt, gleichzeitig den wütensten Kampf führt gegen die Linksoptionen und die Sektionen nur die Aufgabe haben, alles was Stalin macht zu decken und statt kommunistischer Politik nur Phrasen dreschen, so kann der Arbeiter kein Vertrauen haben und wenn jede Woche eine Zeitung erscheint.

Ich kaufte mir eine Nummer und las zu meinem größten Erstaunen, der Absatz des Proleten übersteige schon 10.000! Mit dieser Aufschneideri suchen die Stalinbürokraten über ihren Bankrott die Parteimitgliedschaft zu täuschen. Beran Lad.

Aufbau an sich oder Aufbau für wen?

Die Politik der Komintern ist falsch; aber die Rußlandpolitik Stalins ist richtig. Diese Leier hören wir immer wieder von den Rechten. Es wäre kindisch anzunehmen, daß Stalin durch Jahre die Komintern, die Kommunistischen Parteien ihre falsche Politik machen ließe aus Spaß, aus Dummheit oder Irrtum. Die falsche Politik, die falschen organisatorischen Methoden der Komintern, der kommunistischen Parteien sind die zwangsläufige Folge der stalinschen Rußlandpolitik. Daß die Politik der Komintern, der Kommunistischen Parteien führend bestimmt wird durch die Politik Sowjetrußlands, ist die selbstverständliche Folge der grundlegenden Tatsache, daß die Sowjetmacht der Schwerpunkt ist, der proletarischen Weltfront. Weil die tatsächliche Politik Sowjetrußlands, die Stalinpolitik, falsch ist, darum ist und muß die Politik der Komintern, der kommunistischen Parteien falsch sein.

Manche sagen, die Kominternpolitik Stalins ist falsch, aber seine Aufbaupolitik müsse man „anerkennen“. Wäre seine Aufbaupolitik in der Grundlinie richtig, dann wären demgegenüber alle anderen Fehler verhältnismäßig von untergeordneter Bedeutung. Ohne die richtige prinzipielle Bewertung der stalinschen Aufbaupolitik ist eine richtige Einstellung zum Stalinismus unmöglich.

Die guten Absichten Stalins in Ehren. Die politische Bewertung richtet sich nicht nach den Absichten, sondern nach dem Ergebnis, nach dem Gesamtergebnis.

Wir verdammen die stalinsche Politik keineswegs in Bausch und Bögen.

Der Aufbau Sowjetrußlands ist in jedem Falle eine riesige Leistung der russischen Arbeiterklasse, des Sowjetstaates. Unter welcher ungeheuren Schwierigkeiten wird diese Leistung erbracht! Darum ist es keine Uebertreibung, wenn wir wiederholen, was wir schon oft gesagt: Der Aufbau in Sowjetrußland stellt die Aufbauleistungen aller kapitalistischer Staaten weit in den Schatten!

Mehr noch. Der Aufbau in Sowjetrußland ist in jedem Falle ein gewaltiger Fortschritt. Die 130 Millionen Menschen in Sowjetrußland, die vor einem Dutzend Jahren in primitiven vorkapitalistischen Verhältnissen innerhalb derer ein moderner Betrieb eine vereinzelte Erscheinung war, dahin vegetierten, werden in berauschendem Tempo in ein mit den modernsten Mitteln und Methoden arbeitendes, gigantisches Wirtschafts- und Gesellschaftsgebilde vorwärts geführt. Das ist in jedem Falle ein ungeheurer Fortschritt, nicht nur für die russische Arbeiterklasse, sondern auch für die Arbeiter der ganzen Welt.

Allein die Frage, um die es geht, ist eine ganz andere. Ist Stalins Aufbau, wie er sagt, ein

sozialistischer Aufbau?

Darum und nur darum geht es. Das ist kein Streit um Worte! Dahinter steckt die entscheidende Frage: die Lenin in die Formel gefaßt hat: Wer — Wen? Diese Frage, die breiter ausgedrückt lautet: Stärkt die stalinsche Aufbaupolitik, die sozialistischen Elemente, und schwächt sie, die kapitalistischen Elemente oder umgekehrt? Noch deutlicher: Verschiebt die stalinsche Aufbaupolitik, das Kräfteverhältnis der Klassen, zum Vorteil oder zum Nachteil des Proletariats? Prüfen wir an der Hand unbestreitbarer Tatsachen.

Die wirkliche Machtstellung der Arbeiter beurteilt sich vor allem nach ihrer Machtstellung im Betrieb. Unter Stalin wurde das Recht der Arbeiter, der Kommunisten, der kommunistischen Parteizelle, im Betrieb mitzukontrollieren, mitzubestimmen, vollkommen abgeschafft. Zum Schluß wurden auch die roten Fabriksdirektoren beseitigt. Diese unbestreitbaren Tatsachen beweisen unwiderleglich, daß die Machtstellung der Arbeiter im Betrieb durch Stalin immer tiefer gesenkt wird.

Das untrüglichste sichtbare Zeichen der internationalen Geltung Sowjetrußlands als einer proletarischen Macht sind die Kommunistischen Parteien. Von vereinzelt vorübergehenden Erfolgen abgesehen gehen unter Stalin die Kommunistischen Parteien der Welt immer mehr zurück. Durch Stalin wird die internationale Geltung des Sowjetstaates als einer proletarischen Macht immer tiefer gesenkt.

Wir wollen nicht wiederholen, was wir über die kommunistische Rationalisierung schon oft gesagt. Der Umstand, daß die Lebenshaltung der Arbeiter unter Stalin immer tiefer sinkt, ist für sich allein kein Beweis, daß Stalins Politik grundsätzlich falsch ist. Wenn seine Politik die Machtstellung der Arbeiterklasse verstärken würde, so müßten um dessen Willen die Arbeiter die größten Opfer ertragen, weil die gesteigerte Macht ihnen schließlich die Opfer wieder einbringen und mehr als einbringen würde. Das Sinken der Lebenshaltung der russischen Arbeiter ist dadurch so unerträglich und so überaus gefährlich, weil es Hand in Hand geht mit dem Sinken der proletarischen Macht und weil es die so notwendige Produktionssteigerung hemmt.

Stalins Politik schwächt die Macht der Arbeiterklasse, schwächt die internationale Geltung der Sowjetmacht, wirkt sich objektiv aus als Schwächung der proletarischen Macht und dadurch allein schon als eine Stärkung der antiproletarischen Kräfte. Stalins Politik, Stalins Aufbau ist also

nicht sozialistisch!

Eine Politik, mag sie von den besten Absichten geleitet sein, die objektiv die proletarische Macht schwächt, die antiproletarischen Kräfte stärkt, wirkt sich und muß sich unter den gegebenen Verhältnissen

auswirken als wachsende kapitalistische Gefahr.*)

Die Wurzel der stalinstischen Aufbaupolitik liegt letzten Endes in seiner unkommunistischen Grundeinstellung. Er steht auf dem Boden des

nationalen Sozialismus

des nationalen Kommunismus, der Theorie vom „Sozialismus in einem Land“. Indem sich Stalin auf die unzulänglichen russischen Kräfte beschränkt, indem er sie vor Aufgaben stellt, die sie für sich allein nicht bewältigen können, nämlich vor den Aufbau des Sozialismus — aus dieser seiner national beschränkten Grundeinstellung folgt Fehler auf Fehler seiner verhängnisvollen Politik, die die Gefahr für die Sowjetmacht immer mehr steigert.

Die Sowjetmacht behaupten, sie durch keine wirtschaftlichen und politischen Abenteuer gefährden, jeden Schritt vorwärts im Einklang halten mit den wirklichen Kräften, in dieser Weise ernste Erfolge auf dem Wege des sozialistischen Aufbaues verwirklichend, und gleichzeitig durch realistische internationale, revolutionäre Politik alles daransetzen, durch Herstellung der aktiven Kampffront mit den Arbeitermassen der Welt die Weltrevolution zu beschleunigen, das allein ist die Politik, die die Sowjetmacht, die Komintern, die Kommunistische Parteien, das Weltproletariat retten, behaupten und vorwärts zum Sozialismus führen kann.

*) Am sichtbarsten, grellsten kommt diese Tatsache zum Ausdruck in Stalins Verbrecherpolitik gegen die Linksoptionen. Er läßt die Linksoptionellen ausschließen, verbannen, verhaften, in Gefängnissen peinigen, meuchlings ermorden. Im buchstäblichen Sinn des Wortes arbeitet er bewußt und planmäßig daran, die Linksoptionellen physisch zu vernichten. Er läßt Rakowsky zu Tode quälen. Wegen Briefwechsel mit Trotzky läßt er einen Linksoptionellen nach dem andern vors Kriegsgericht stellen und — wegen Spionage erschießen! Indem Stalin an der Vernichtung der klassenbewußtesten Elemente arbeitet, schwächt er das Proletariat, stärkt er die Bourgeoisie. Aber so groß das Verbrechertum des engstirnigen Bürokraten, noch größer ist der Heldenmut der russischen Linksoptionen. Die Klarheit und Heldenhaftigkeit der russischen Linksoptionen mit Trotzky an der Spitze wird Stalins Engstirnigkeit und Verbrechertum überwinden, Partei, Sowjetmacht und Komintern gesunden, retten, vorwärtsführen.

! Wer bet für die „Arbeiter-Stimme“ !

Ein mißglückter Streich der Wiener Polizei.

Warum der Dampferausflug nach Preßburg verboten wurde.

Alljährlich veranstaltet die Wandergruppe des A. K. B. „Spartakus“ eine Donaufahrt mit einem eigens zu diesem Zwecke gemieteten Sonderdampfer.

Diesmal sollte die Fahrt nach Preßburg gehen. Mit keinem Wort hat der Leiter der Paßstelle Doktor Innerhuber die Reiseleitung darauf aufmerksam gemacht, daß die Polizeidirektion nicht verpflichtet ist, Kollektivpässe auszustellen.

Der D. D. S. G. war bereits die gesamte Miete bezahlt, so daß mit den übrigen Auslagen, die eine solche Reise verursacht, über S 3600.— im Voraus ausgegeben waren. Für die junge Organisation ein bedeutender Betrag. Dem A. K. B. „Spartakus“ einen solchen Schlag zu versetzen, von dem sich die Organisation nicht mehr erholen sollte, das war der Plan der Polizei.

Zu einer Zeit, da eine Programmänderung unmöglich war, ja nicht einmal Zeit genug mehr war, alle Reisetilnehmer zu verständigen, schlug die Polizei los. Drei Tage vor der Fahrt wurde die Ausstellung von Kollektivpässen verweigert, unter dem lächerlichen Vorwand, daß 1. die Polizeidirektion gesetzlich nicht verpflichtet sei, Kollektivpässe auszustellen und daß 2. einige Daten in der Liste nicht richtig seien. Der Josef Kroupa sei als Johann Kroupa gemeldet, das Geburtsjahr des Andreas Böhm sei mit 1879 angeführt, während er in Wirklichkeit 1873 geboren sei und dergleichen mehr.

Warum konnten die drei oder vier Reisetilnehmer deren Daten angeblich nicht stimmen, aus der Liste nicht gestrichen werden? Waren doch weitere 630 Teilnehmer in den Listen eingetragen, deren Angaben in Ordnung waren! Warum haben die Paßbehörden der Reiseleitung nicht gleich erklärt, daß die Polizeidirektion nicht verpflichtet sei, Kollektivpässe auszustellen? Warum haben sich die Paßbehörden zuerst die Kollektivpässe zahlen lassen und außerdem die ausgefertigten Formulare entgegengenommen?

Nun wir wissen es. Dem A. K. B. „Spartakus“ sollte ein Schlag versetzt werden, um ihn zugrunde zu richten. Zu durchsichtig ist dieser Streich. Darum hat die Polizei gerade das Gegenteil durch diese Willkürmaßnahme erreicht. Die Reiseleitung hat sofort Gegenmaßnahmen getroffen, die Reiseroute geändert und trotz der Polizeischikanen die Fahrt durchgeführt. Natürlich waren die Reisetilnehmer empört, als sie die erzwungene Programmänderung erfuhren. Die Empörung richtete sich aber nicht gegen den A. K. B. „Spartakus“, wie es die Herren vom Schottenring erwartet hätten, sondern ausnahmslos gegen die Willkür der Polizei. Der Dampfer mußte, ohne in Preßburg zu landen, umkehren und in Hainburg anlegen. Ueber 600 Arbeiterfamilien — trotzdem sie nicht verpflichtet gewesen wären nach Hainburg zu fahren — haben trotzdem teilgenommen. Der A. K. B. „Spartakus“ geht aus dieser Aktion gestärkt hervor.

Mac Donald in Oberammergau.

Die Ausbeuterspießer von England und Amerika geben sich alljährlich Rendezvous in Oberammergau. Bei den Passionsspielen wollen sie von ihrer Seele abwaschen all die Ausbeuterlumpereien, die sie im Verlaufe des Jahres begangen. Nun, der Führer der englischen „Arbeiter“regierung Mac Donald, hat es notwendig gefunden seinen Urlaub zu unterbrechen zu einem Trip nach Oberammergau. Zwar hat auch er manches auf der Seele: in seinem Auftrag, unter seiner Verantwortung werden die Indier und Ägypter, die gegen die englische Ausbeuterwirtschaft rebellieren, zu tausenden niedergeknallt. Doch dazu braucht Mac Donald Oberammergau nicht, dazu genügt ihm das pazifistische Oel, womit er täglich seine Hände in Unschuld wäscht, den Arbeitern die Augen verschmierend. Aus anderen Gründen, zu anderen Zwecken ist Mac Donald nach Oberammergau geeilt. Der Boden unter der englischen „Arbeiter“regierung beginnt immer merklicher zu wanken. Sie hat die konservative Regierung gestürzt, weil sie nichts gegen die Arbeitslosigkeit unternahm. Nun, unter der „Arbeiter“regierung ist die Arbeitslosigkeit noch viel, viel größer geworden. Mac Donald ist nach Oberammergau geeilt, um gut Wind zu erbetteln bei den englischen — Spießern. Mir san ja eh die reinsten Lamperl, wir sind so fromm wie ihr, wir tun euch ja eh nichts, laßt uns weiterregieren und, wenn die Wahlen kommen, gebt uns eure Stimmen! Das ist der Sinn der frommen Reise Mac Donalds. So schaut sie aus, die englische „Arbeiter“regierung, diese Regierung der englischen Spießer.

Stalins Terror gegen die Bolschewiken-Leninisten!

Die Stalinschen Repressalien gegenüber den Bolschewiken-Leninisten unterscheiden sich scharf von den Repressalien gegenüber den Menschewiken und Sozialrevolutionären. Während man die letzteren nur von dem gesellschaftlichen Leben des Landes isoliert, um ihre konterrevolutionäre Tätigkeit gegen die Diktatur des Proletariats zu verhindern, ist der Stalinsche Kurs gegen die Oppositionellen, die den die Diktatur des Proletariats zerstörenden Zentrismus bekämpfen — ein Kurs auf die moralische Verschlechterung oder die physische Vernichtung.

Unter den im Winter verhafteten Oppositionellen befanden sich die Genossen Silow und Rabinowitsch die die Wut der hemmungslosen Apparatschenschen besonders gegen sich entfesselt haben. Sie wurden erschossen, so wie vorher Genosse Blumkin erschossen wurde. Ein Verbrechen, das der ganzen Welt bekannt wurde.

Verstärkte Repressalien werden auch in der Verbannung angewandt. Den Verbannten ist das Recht zu arbeiten, genommen, d. h. das Recht zu arbeiten, um nicht zu hungern; die Unterstützung, die der Verbannte erhält, ist schon längst auf 15 Rubel herabgesetzt. Und das bedeutet — Hunger. Und im Winter — Kälte. Da sie kein Recht haben, Mitglied der Genossenschaften zu sein, so können sie sogar oft für diese 15 Rubel nichts kaufen. Sie wohnen in ungeheizten Räumen, wochenlang ohne heißes Essen, oft ohne Licht. Die Verbannten in Narym sind im wahrsten Sinne des Wortes dem Hungertode geweiht.

Das Regime in den Gefängnissen und in den Isolatoren ist unvergleichlich schlimmer als in der Verbannung. In den Gefängnissen gibt es oft kein Licht, (die Fenster sind verhängt), die feuchten Zellen sind überfüllt, das Doppelte, ja das Dreifache der gewöhnlichen Norm, nicht nur auf Pritschen, sondern auch auf dem Fußboden ist kein Plätzchen frei. In diesen Zellen werden die Oppositionellen getrennt voneinander, mit konterrevolutionären und kriminellen Elementen gehalten. Das System der GPU. — Oppositionelle in einer gemeinsamen Zelle mit Kriminellen zu halten — gab es sogar nicht in den zaristischen Gefängnissen.

Dieses System wird nur auf die Oppositionellen angewandt. Die Menschewiki (z. B. in Butyrki) sind im Besitz aller Vorrechte von politischen Gefangenen: sind für sich, bei offenen Türen, haben eine kleine Bibliothek usw.

Besuche gibt es nicht, auch darf nichts überbracht werden. Ueber das alles herrscht ein grober, höhnischer Ton. Bei einem solchen Regime hören die Hungerstreiks nicht auf, manchmal mit tödlichem Ausgang (wir erinnern an den Heldentod des Genossen Butow). Auf Hungerstreiks und die geringsten Forderungen der Gefangenen antworten die Kerkermeister mit systematischen Züchtigungen, mit Begießungen aus Hydranten in grimmiger Kälte usw. Im Leningrader Gefängnis wurde so der Gen. Henrichson zu Tode gemartert.

Die Kolonie der verbannten Oppositionellen in Tomsk hat eine Reihe von Berichten über die ungeheuerlichen Verbrechen gesammelt, die Stalin an unseren Genossen verübt hat. In diesem Dokument wird der allseitige Hunger der verbannten Oppositionellen geschildert. Viele Verbannten sind zu Invaliden geworden, weil nicht die geringste medizinische Hilfe vorhanden ist. Das Dokument berichtet auch von einer neuen Erschießung eines Oppositionellen in Salowski.

Die Provokation ist der Opposition gegenüber in letzter Zeit ins Riesenhafte gestiegen. Nicht nur in der Freiheit sind die oppositionellen Gruppen von Provokateuren überschwemmt, sondern auch in der Verbannung und im Gefängnis. Hier besteht ihre Aufgabe darin, die Unversöhnlichsten herauszukennen. Zersetzung hineinzutragen, indem sie zur Kapitulation aufrufen usw. Der Provokateur, der unter der Maske des „Kapitulanten“ auftritt, ist in der Verbannung eine gewöhnliche Erscheinung.

Man muß sagen, daß die Stalinisten ihre Wut ganz besonders auf den Genossen Rakowski konzentriert haben als auf den Führer der russischen Opposition. Man hat den Schwerkranken (Herzkrankheit, Malaria) anstatt in einen klimatisch gesünderen Ort zu bringen (wie es die Aerzte verlangen), aus Astrachan nach Barnaul gebracht. Genosse Rakowski zählt jetzt 57 Jahre, von denen 40 Jahre dem Kampf für den Kommunismus gehören. Besonders schwer war der Winter für den Genossen Rakowski, als sein kranker Organismus Fröste von 40 bis 50 Grad überstehen mußte. Genosse Rakowski ist noch mehr isoliert als die anderen Verbannten. Der Einsatz Stalins liegt klar zutage: langsam aber sicher mit Ch. G. Rakowski fertig zu werden.

In einer noch schlimmeren Lage befindet sich ein anderer hervorragender Führer der russischen Opposition, ein alter Bolschewik, L. S. Sosnowski. Er ist in Tomsk eingekerkert, in strengster Isolierung, welche sogar das zaristische Zuchthaus gegenüber den Todgeweihten nicht kannte. Ein weiteres Verbleiben in diesen Bedingungen bedeutet den Untergang des Genossen Sosnowski. Unter den gleichen Bedingungen wird ein anderer alter Bolschewik, B. M. Elzin, gehalten.

Die Stalinsche Leitung benutzt zu Fraktionszwecken die Macht des Apparates, gebraucht sie gegen die Vertreter des linken proletarischen Flügels der Partei. Das Feuer nach links ist umso stärker, je offener sich der klägliche Bankrott der zentralistischen Politik vor dem Weltproletariat zeigt. Durch Hunger, Kälte, Blockade, Verhöhnungen, Züchtigungen und Erschießungen erzwingt der Zentrismus bei den Schwächeren die Kapitulation, und die Stärkeren weißt er dem Untergang. Nur die Arbeiterklasse und insbesondere die internationale linke Opposition kann diesen thermidorianischen Plan zerstören. Das ist ihre Pflicht, das ist ihre Aufgabe! Wenn Stalin mit dem linken Flügel fertig geworden sein wird, wird er die Oktoberrevolution zunichte machen! Das muß man verstehen, das muß man den anderen erklären, das darf man nicht zulassen!

N. Markin.

Ein alter Rechter.

Strasser, der sich jahrelang hinter dem Mantel einer zu nichts verpflichtenden Passivität verbarg, hat nun deklariert. An Stalins Rußlandpolitik findet er nichts auszusetzen. Nur die Verfassung der Komintern sei falsch. An die politischen Ursachen der Kominternverfassung tippt er nicht. Das Ganze ist ihm eine organisatorische Frage. Sein Rezept lautet: Parteidemokratie. An dem Ausschluß der Linksopposition aus der österreichischen KP hat er applaudierend mitgeholfen, dieser patentierte — „Parteidemokrat“.

Aus der Opposition.

Erklärung.

Angesichts der unbolschewistischen, unehrlichen Haltung der „linken Kommunisten“, rechte „Mahnrufruppe“ in der Frage der Wiedervereinigung ziehe ich daraus die einzige Konsequenz, sage mich von ihnen los und ersuche um Aufnahme in die KPOe (Opposition).

Ich habe den Eindruck, daß die Politikmacher der Mahnrufgruppe aus dem Rahmen einer Sekte nicht herauswollen, die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Gleichgesinnten nicht verstehen wollen und immer nur bemüht sind, statt zur Klärung der Differenzen mitzuarbeiten, neue Differenzen zu konstruieren. Ich sehe die Notwendigkeit einer gedeihlichen Arbeit zur Aufklärung der Arbeiterschaft ein und verspreche, mit Euch zu gehen gegen alle, die statt Kampf Reformismus predigen und gegen die, die den Kommunismus kompromittieren.

Mit kommunistischem Gruß

Ludwig Heinrich, XX.

* * *

Genosse Heinrich war der einzige Arbeiter, der sich den im April 1928 wegen kordistischer Tendenzen aus der K.P.O. (Opposition) ausgeschlossenen fünf Deklaranten — sie verharren hartnäckig beim Anzweifeln des proletarischen Klassencharakters Sowjetrußlands — anschloß. Es wäre dazu nicht gekommen, wenn er damals Gelegenheit gehabt hätte den Diskussionen beizuwohnen. Nachdem er sich durch eigener Erfahrung von der Richtigkeit unserer Politik und Taktik und zugleich von der Unehrlichkeit der Methoden der Deklaranten überzeugt hat, ist er wieder in unsere Reihen zurückgekehrt. Wir begrüßen ihn in unserer Mitte.

Zentraler Diskussionsabend. Der neue Kurs beginnt Freitag, den 3. Oktober, abends halb 8 Uhr, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46. Thema: Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes. Der neue Kurs soll zugleich dazu dienen, die Teilnehmer im zusammenhängenden Reden zu schulen. Der erste Abend behandelt folgende Fragen: 1. Was versteht man unter Strategie und Taktik? — 2. Hat sich die wirtschaftliche Gesamtlage der Arbeiterklasse verglichen mit der Vorkriegszeit verbessert oder verschlechtert? Die Diskussionsabende werden jetzt regelmäßig alle 14 Tage abgehalten und zwar immer am Freitag abends, also am 3., 17., 31. Oktober usw.

Preßfond. P. E. 3.—, Eder 1.25, J. R. 0.50 Schilling.



Arbeiterkultur-Bund „Spartakus“

Zentraler Sitz:

Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47

Auskünfte und Aufnahmen jeden Mittwoch und Freitag von 7 bis 10 Uhr abends.

Aus den Statuten § 1: Der Arbeiterkultur-Bund „Spartakus“ hat den Zweck, marxistische Kulturarbeit zu leisten.

Wanderungen. Jeden Sonn- und Feiertag. Ort und Zeit der Zusammenkünfte jeden Freitag, 8 bis 10 Uhr abends, zu erfragen im Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47 (Telephon B-30-6-58).

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrennerstraße 236. — Verantwortlicher Redakteur: Franz Kralk, Wien, V., Castelliggasse 3. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter Friedrich Stadler, Wien, III., Custozzagasse 8.